

Abläss weder biblisch noch der Ökumene dienlich

Hannover, 30.09.2008/APD Zur theologischen Auseinandersetzung mit der römisch-katholischen Kirche um den Ablass hat der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Landesbischof Friedrich Weber, aufgefordert. In einem Beitrag in den am 30. September erscheinenden „VELKD-Informationen“ schreibt er, es bleibe „rätselhaft“, wieso zu Beginn des Paulusjahres der Vatikan wieder auf die Möglichkeit verweise, einen „vollkommenen Ablass“ zu gewinnen. Martin Luthers Kritik am Ablasswesen, die am 31. Oktober 1517 in seinen 95 Thesen zum Ausdruck kam, beschreibe das Zentrum seiner reformatorischen Erkenntnis: In Christus schenke Gott den Menschen Gerechtigkeit umsonst. „Sie kann nicht käuflich durch den Ablass erworben werden.“ Ehrlicherweise, so der lutherische Catholica-Beauftragte, müsse man darauf verweisen, dass die modernen Ablässe sich nur auf Sündenstrafen beziehen und Vergebung der Sünde durch Reue und den Empfang des Bußsakramentes voraussetzen. Kein Katholik müsse Ablässe gewinnen. Auch seien sie nicht heilsnotwendig.

Seit den grundlegenden Studien des einflussreichen katholischen Theologen Karl Rahner (1904-1984) über den Ablass sei klar, dass es beim Nachlass öffentlicher Bußwerke um eine Form der Frömmigkeit gehe, die dem von seiner Sünde los gesprochenen Menschen helfen möchte, die Folgen seines sündigen Handelns aufzuarbeiten. Der Ablass, das habe man zwischenzeitlich gelernt, sei ein Element römisch-katholischer Frömmigkeit. „Dennoch erweckt der Begriff und die mit ihm verbundenen kirchenrechtlichen Aspekte, die nach wie vor in den Lehrbüchern der katholischen Dogmatik auftauchen, Assoziationen gerade bei Lutheranern, die einer um Empathie bemühten Ökumene nicht dienlich sind“, schreibt Landesbischof

Weber.

Er wirft in seinem Beitrag die heiklen und keineswegs veralteten Fragen des katholischen Theologen und Lutherforschers Otto-Hermann Pesch zum Thema Ablass nochmals auf. Pesch fragte unter anderem: „Muss (die Kirche) also um der Ablass-Theologie willen an irgendeiner Art von ‚Fegefeuer‘-Vorstellung festhalten?“ Konkret weist der Ökumeniker Pesch auf die „letzte Rest-Verfügungsgewalt des Papstes über die Früchte der Busse“ hin und stellt kritisch fest: „Kann somit der Papst letztlich bestimmen, wer und in welchem Ausmaß der Gnade Gottes teilhaftig wird und wer nicht?“

Papst Paul VI. hatte nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil 1967 in einem Schreiben die Einstellung der katholischen Kirche zum Ablass neu formuliert, in der zum Beispiel die innere Zuwendung auf Gott hin, zu der auch Reue und Wiedergutmachung gehören, stärker betonte als die sachliche Leistung (Geldopfer). Auch wurden die Gelegenheiten einen Ablass zu gewinnen, nach dem Zweiten Vatikanum deutlich reduziert.

Das Gesetzbuch des römisch-katholischen Kirchenrechts, der „Codex Iuris Canonici“ von 1983, definiert den Ablass in Canon 992 wie folgt: „Ablass ist der Nachlass zeitlicher Strafe vor Gott für Sünden, deren Schuld schon getilgt ist; ihn erlangt der entsprechend disponierte Gläubige unter bestimmten festgelegten Voraussetzungen durch die Hilfe der Kirche, die im Dienst an der Erlösung den Schatz der Sühneleistungen Christi und der Heiligen autoritativ verwaltet und zuwendet.“

Der Papst kann einen Ablass für die gesamte Kirche erlassen – so geschehen etwa im Jubiläumsjahr 2000 und im laufenden Paulusjahr 2008/2009. Besonders große Bedeutung besitzen bis heute der Allerheiligen- bzw. Allerseelenablass oder der Portiunkulaablass. Bei beiden handelt es sich um vollkommene Ablässe. Auch zu bestimmten Anlässen, oft an die Teilnahme an

Pilgerfahrten oder bestimmte Bußübungen geknüpft und wie immer erst nach Empfang des Sakraments der Versöhnung, also der Beichte, kann ein vollkommener Ablass gewährt werden: so bei den Römischen Jubiläen, dem Heiligen Compostelanischen Jahr (zuletzt 2004), bei den Weltjugendtagen in Köln (2005) und Sydney (2008), dem Welttag der Kranken oder zum 150. Jahrestag der Marienerscheinungen in Lourdes In diesem Jahr.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kindergeld auch für adventistische Missionare

Nürnberg, 29.09.2008/APD Ein Missionar der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, der von Deutschland ins Ausland entsandt wird, hat Anspruch auf Kindergeld, entschied das Sozialgericht Nürnberg.

Aus der Ehe des Klägers, der seit vielen Jahren als Pastor für die Freikirche tätig ist, sind zwei Kinder hervorgegangen, für die er in Deutschland auch Kindergeld erhielt. 2006 wurde er mit seiner Familie als Missionar nach Albanien versetzt. Daraufhin stellte die Familienkasse ihre Zahlungen ein und verlangte vom Kläger eine Überzahlung von 616 Euro zurück. Begründung: Nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) könnten nur dann ins Ausland entsandte Missionare Kindergeld erhalten, wenn deren Missionswerke Mitglieder oder Vereinbarungspartner des Evangelischen Missionswerkes Hamburg, der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen, des Deutschen

katholischen Missionsrates oder der Arbeitsgemeinschaft pfingstlich-charismatischer Missionen seien. Das treffe jedoch auf die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten nicht zu.

Nachdem der Einspruch des Klägers gegen die Familienkasse Nürnberg und das Widerspruchsverfahren erfolglos blieben, wandte er sich an das Sozialgericht Nürnberg. Er beantragte, ihm weiterhin Kindergeld zu gewähren, da er einen Verstoß gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AAGG), gegen Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz) und gegen die Richtlinie 2007/43/EG des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes sah.

Das Sozialgericht Nürnberg gab dem Kläger Recht. Missionare seien in das Bundeskindergeldgesetz erst rückwirkend zum 1. Januar 1996 als privilegierte Sondergruppe eingeführt worden. Zwar wäre die spezielle Regelung nach dem Wortlaut des § 1 Abs. 1 Nr. 2 BKGG nicht auf die Siebenten-Tags-Adventisten anwendbar, da sie nicht den im Gesetz genannten Missionswerken angehörten. Gleichwohl erscheine es geboten, „im Wege der richterlichen Lückenfüllung den Kläger als Kindergeldberechtigten zu behandeln“.

Die Entstehungsgeschichte des neuen BKGG zeige, dass der Gesetzgeber die Missionare erfassen wollte, die über die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts entsandt werden. Im Gesetz habe er nur die infrage kommenden Missionswerke benannt, die ihm bekannt gewesen seien. Insoweit wäre das geltende Recht lückenhaft, da es die öffentlich-rechtliche Körperschaft der Siebenten-Tags-Adventisten entgegen dem gesetzgeberischen Willen nicht erfasst. Für einen Ausschluss der Freikirche gebe es keine sachlichen Gründe. „Wenn der Gesetzgeber im Hinblick auf Missionare einen Regelungsbedarf sieht und dann dem rückwirkend zum 01.01.1996 Rechnung trägt, so muss er dies für alle gleichermaßen tun“, heißt es in der inzwischen rechtskräftigen Urteilsbegründung (Aktenzeichen: S 9 KG 1/08).

Das Sozialgericht berief sich dabei auf ein Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts (BayLSG) vom 5. Dezember 2002 (Aktenzeichen: L 14 KG 26/99). Dessen Richter kamen zu dem Ergebnis: „Die Gründe des Gesetzgebers zeigen auf, dass alle den öffentlich-rechtlich verfassten Gemeinschaften zugeordneten Missionswerke erfasst werden sollen. Anders könnte der Gesetzgeber auch nicht wegen des Grundsatzes der Neutralität des Staates gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften und des Gleichheitsgrundsatzes handeln.“ Laut Sozialgericht Nürnberg habe das BayLSG in seinem Urteil sogar einen Kindergeldanspruch eines Missionars bejaht, der Mitglied einer nicht öffentlich-rechtlichen Körperschaft war. „Erst recht muss der vom Kläger geltend gemachte Anspruch dann bejaht werden“.

Im Gegensatz zu adventistischen Missionaren war das Kindergeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA, die von Deutschland ins Ausland entsandt werden, nicht strittig. Bei Entwicklungshelfern schreibt das BKGG in §1 Abs. 1 Nr. 2 lediglich vor, dass „Unterhaltsleistungen im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes“ gezahlt werden. Diese Voraussetzung erfüllt ADRA.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Dunkelraum-Erlebnisse beim

Tag der offenen Tür der "Stimme der Hoffnung"

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 28.09.2008/APD Etwa 800 Besucher nutzten die Möglichkeit, am „Tag der offenen Tür“ der „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein einen Einblick in die Arbeit eines europäischen christlichen Medienzentrums zu erhalten. Großer Andrang herrschte den ganzen Tag vor der Dunkelraum-Erlebniswelt der Blindenhörbücherei, einer Abteilung des Medienzentrums der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Die Besucher zeigten sich beeindruckt, die eigene Welt aus der Perspektive eines blinden Menschen wahrzunehmen. Bei dem Rundgang bot sich die Gelegenheit, von blinden und sehbehinderten Teilnehmern der Blindenhörbücherei geführt zu werden.

Die verschiedenen Fernseh- und Aufnahmestudios der „Stimme der Hoffnung“ interessierten kleine und große Besucher. Dabei war es auch möglich, den Platz hinter der Kamera einzunehmen. Ebenso konnten die Besucher beim „Hope Channel Radio“ den Moderatoren über die Schulter schauen, die im Studio rund um die Uhr vom Tagesgeschehen berichten und Interviewpartner vor das Mikrophon holen. Auf einer großen Live-Bühne spielten den ganzen Tag verschiedene Bands und Solisten, wie der Fanfarenzug Alsbach-Hähnlein, LUNA MELISANDE, Uwe Schäfer und AUDIOFEEL. Eingebettet ins Musikprogramm lasen die Autoren Sylvia Renz, Siegfried Wittwer und Titus Müller aus ihren Werken.

Mit dem breiten Medienangebot möchte die „Stimme der Hoffnung“ ihren Hörern und Zuschauern Hoffnung und Lebenssinn vermitteln. Ihr Ziel ist es, mit relevanten Themen Lebenshilfe zu leisten und Menschen auf verständliche und zeitgemäße Weise zur persönlichen Beschäftigung mit der Bibel und dem christlichen Glauben anzuregen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Amtszeit des ÖRK-Generalsekretärs verlängert

Lübeck, 27.09.2008/APD Der vom 23. bis 26. September in Lübeck tagende Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat den Vertrag seines amtierenden Generalsekretärs, Pfarrer Dr. Samuel Kobia, bis zum Amtsantritt eines Nachfolgers verlängert. Die Wahl eines neuen Generalsekretärs soll während der nächsten Tagung des ÖRK-Zentralausschusses vom 26. August bis 2. September 2009 in Genf erfolgen.

Der seit Januar 2004 amtierende kenianische Methodistenpfarrer Samuel Kobia sollte bei der Zentralausschuss-Sitzung im Februar 2008 in Genf als einziger Kandidat wiedergewählt werden. Doch er hatte erklärt, dass er keine zweite Amtszeit anstrebe. Kobia ist der erste Afrikaner, der zum ÖRK-Generalsekretär berufen wurde.

„Mit der Zustimmung Pfarrer Kobias zur Vertragsverlängerung ist gewährleistet, dass auch im Prozess des Übergangs, in dem wir einen neuen Generalsekretär suchen, Kontinuität gewährleistet ist“, erklärte der Vorsitzende des ÖRK-Zentralausschusses, Pfarrer Dr. Walter Altmann. Dem ÖRK gehören 349 protestantische, orthodoxe, anglikanische und andere Kirchen an, die zusammen über 560 Millionen Christen in mehr als 110 Ländern repräsentieren.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Hartmut Steeb weiterhin Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz

Bad Blankenburg, 26.09.2008/APD Der Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz hat während seiner Sitzung am 26. September in Bad Blankenburg den bisherigen Generalsekretär Hartmut Steeb (54) einstimmig für eine neue Amtsperiode von sechs Jahren gewählt. Steeb nimmt die Aufgabe seit April 1988 wahr, zuerst in der damaligen Bundesrepublik Deutschland und seit April 1991 in der gemeinsamen Deutschen Evangelischen Allianz.

Der Diplom-Verwaltungswirt (FH) arbeitete im Evangelischen Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, bevor er in den Dienst der Deutschen Evangelischen Allianz berufen wurde. In Verbindung mit seinem Amt als Generalsekretär wirkt Hartmut Steeb in vielen bundesweit tätigen Vorständen der evangelikalischen Bewegung mit, unter anderem in der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen, bei idea, der Lausanner Bewegung Deutschland, ProChrist und Willow Creek. Er ist derzeit Vorsitzender der Vereine SPRING GemeindeFerienFestival und des Treffen Christlicher Lebensrecht-Gruppen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Sächsische Verdienstplakette für den Dirigenten Herbert Blomstedt

Torgau/Leipzig, 26.09.2008/APD In Abwesenheit des zweiten Preisträgers, dem Dirigenten Professor Herbert Blomstedt, wurde am 14. September in der Torgauer Schlosskirche die „Johann Walter Plakette“ des Sächsischen Musikrats an Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Meyer verliehen. Die Laudatio hielt Ministerpräsident a. D. Professor Kurt Biedenkopf. Preisträger Herbert Blomstedt, der wegen musikalischer Terminverpflichtungen absagen musste, erhielt seine Plakette am 23. September in Leipzig. Mit Blomstedt und Meyer wurden Persönlichkeiten geehrt, die sich um die Pflege der Musiktradition und des Musiklebens in Sachsen und weit darüber hinaus besondere Verdienste erworben haben.

Blomstedt, 1927 in den USA als Sohn schwedischer Eltern geboren, erhielt seine erste musikalische Ausbildung am Königlichen Konservatorium in Stockholm und an der Universität Uppsala. Später studierte er Dirigieren an der Juilliard School of Music in New York, zeitgenössische Musik in Darmstadt sowie Renaissance- und Barockmusik an der Schola Cantorum in Basel. Er arbeitete unter Igor Markevich in Salzburg und Leonard Bernstein in Tanglewood. Im Februar 1954 debütierte Herbert Blomstedt als Dirigent mit dem Stockholmer Philharmonischen Orchester. Von 1975 bis 1985 war er Chefdirigent der Staatskapelle Dresden. Die darauffolgenden

zehn Jahre wirkte er als „Music Director“ beim San Francisco Symphony Orchestra. Von 1998 bis 2005 leitete er das Gewandhausorchester Leipzig. Herbert Blomstedt ist gewähltes Mitglied der königlich-schwedischen Musikakademie und mehrfacher Ehrendoktor. Im Herbst 2003 erhielt er das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Der bekennende Siebenten-Tags-Adventist verbringt seinen Ruhestand in Luzern/Schweiz, wenn er nicht als Dirigent weltweit unterwegs ist.

Hans Joachim Meyer, Jahrgang 1936, war von April bis Oktober 1990 im Kabinett de Maizière Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR und nach der Wende von 1990 bis 2002 sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Seit 1997 ist er Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK) und Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Seit 2002 verleiht der Sächsische Musikrat im Abstand von zwei Jahren die „Johann Walter Plakette“ an Persönlichkeiten, die sich um die Pflege der Musiktradition und des Musiklebens in Sachsen, die Förderung des musikalischen Nachwuchses oder die Entwicklung des zeitgenössischen Musikschaffens in Sachsen besondere Verdienste erworben haben. Benannt ist die Plakette nach dem Renaissance-Komponisten Johann Walter (geb. 1496 in Kahla, gest. 1570 in Torgau). Der enge Freund und musikalischer Berater Martin Luthers wirkte 1525 maßgeblich bei der Gestaltung der „Deutschen Messe“ mit. Von 1526 bis 1548 leitete Johann Walter die Torgauer Stadtkantorei. Als lutherischer „Ur-Kantor“ schuf er die Grundlage für die evangelische Kirchenmusik.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Aus friedensbewegten Mennoniten werden Spezialisten für Militärrecht"

Höchst/Odenwald, 25.09.2008/APD Den „Friedrich Siegmund-Schultze Förderpreis für gewaltfreies Handeln“ erhielten in Höchst/Odenwald das Projekt „Dorf der Freundschaft“ (Bönnigheim-Hofen bei Heilbronn) und die Initiative „Military Counseling Network“ (Bammental bei Heidelberg). Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) mit Sitz in Bremen verlieh damit zum siebten Mal die mit je 3.000 Euro dotierte Auszeichnung. Sie erinnert an das friedens- und sozialetische Wirken des evangelischen Theologen und Ökumenikers Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969). Die EAK ist der Zusammenschluss der Beauftragten für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende in den evangelischen Kirchen, zu deren Auftrag auch die Arbeit für Frieden und Zivile Konfliktbearbeitung gehört.

Das prämierte „Dorf der Freundschaft“ besteht seit 1998 in der Nähe der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi und wurde von US-amerikanischen Kriegsveteranen von Deutschland aus initiiert. Es bietet Opfern des Vietnamkrieges eine neue Heimat. Im Dorf leben 160 Menschen, davon 120 Kinder und Jugendliche.

Das „Military Counseling Network“ (MCN) ist in Deutschland auf Initiative des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees und der Initiative Connection e. V. 2003 entstanden. Es berät Soldatinnen und Soldaten, die aus Gewissensgründen den Dienst

in der US-Armee beenden wollen. Ihre Lage ist problematisch, da die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen in den Vereinigten Staaten nicht als Grundrecht, sondern in einem komplizierten Verfahren geregelt ist, das militärischem Einfluss unterliegt.

In seiner Laudatio zur Preisverleihung betonte der EAK-Bundesvorsitzende, Landessuperintendent i. R. Walter Herrenbrück, dass Kriege nachwirkten. „Sie sind nicht zu Ende, auch wenn sie für beendet erklärt wurden.“ Da seien immer noch die Vielen, die an den Spätfolgen des Krieges litten – an bleibenden körperlichen Gebrechen und seelischen Verletzungen. Die Realität des Krieges dürfe nicht weltweit zur Resignation führen. „Friedensarbeit und Friedensdienste mögen wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein sein; aber vielleicht kann daraus doch eine Quelle werden, die erhitzte Gemüter abkühlt, die Friedfertigen erquickt und manchen Gewalttäter zum Umdenken bewegt.“

„Wenn du überlebst, dann musst du für den Frieden leben“, sagte sich der US-Soldat George Mizo, als er im Januar 1968 während einer der schlimmsten Schlachten des Vietnamkrieges schwer verwundet wurde. Als Christ und Amerikaner hatte er sich freiwillig nach Vietnam gemeldet, um den armen Bauern Südvietnams gegen die kommunistische Aggression beizustehen. Doch bald wurde ihm klar, dass er mithalf, das zu zerstören, was er eigentlich schützen wollte. Durch diese dramatische Erfahrung kam es laut der Vorsitzenden des Vereins „Dorf der Freundschaft“, Rosemarie Höhn-Mizo, zu der Idee, in Vietnam ein Versöhnungsprojekt durchzuführen.

Michael J. Sharp vom „Military Counseling Network“ schilderte, wie schwierig es für friedensbewegte Mennoniten gewesen sei, sich für amerikanische GI's einzusetzen, die sich freiwillig gemeldet hatten. „Doch auch Soldaten können ihre Waffen niederlegen. So wurden aus Mennoniten, die keine Ahnung von militärischen Strukturen hatten, Spezialisten für Militärrecht, um US-Soldaten zu beraten.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventisten in Österreich streben volle staatliche Anerkennung an

Wien/Österreich, 24.09.2008/APD Nach Ablauf der zehnjährigen Frist für eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften bereitet die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich die nächsten Schritte vor, um die volle staatliche Anerkennung zu erlangen.

Der Ende 1989 gestellte Antrag auf Anerkennung beantwortete acht Jahre später, am 11. Juli 1998, das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUK) mit der Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit als religiöse Bekenntnisgemeinschaft. Gleichzeitig wurde dieser neu geschaffene Status mit zusätzlichen Kriterien für eine volle staatliche Anerkennung verknüpft. Demnach ist ein neuerlicher Antrag auf Anerkennung erst nach 10 Jahren, also 2008, möglich. Außerdem muss unter anderem eine Mitgliederzahl von mindestens zwei Promille der Bevölkerung vorliegen.

„Adventisten gibt es in Österreich seit über 100 Jahren. Wir denken, dass es längst überfällig ist, dass unsere Kirche auch als solche von der Republik Österreich anerkannt wird“, betonte Pastor Herbert Brugger, Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich. „Dabei geht es uns

um grundsätzliche Fragen der Gewissens- und Religionsfreiheit. Als Christen bekennen wir uns zu den demokratischen Grundsätzen unseres Landes und es ist für uns selbstverständlich, unseren staatsbürgerlichen Pflichten nachzukommen. Deshalb ist eine volle Anerkennung durch den Staat legitim.“ Gerade die willkürliche Festsetzung einer geforderten Mitgliederzahl sei dabei mehr als bedenklich, da sie den Gleichheitsgrundsatz verletze, hob Brugger hervor. Er verwies dabei auf die Tatsache, dass von den 13 bereits gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften sieben die Kriterien der Mitgliederzahlen nicht erfüllten.

Laut dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) vom 31. Juli 2008 widerspricht die österreichische Gesetzgebung in dieser Frage der Europäischen Menschenrechtskonvention. In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ vom 1. August 2008 bemerkt dazu Herbert Kalb, Religionsrechtler der Universität Linz: „Viele Bedenken, die schon länger bestanden haben, sind durch dieses Urteil bestätigt worden.“ Die Entscheidung des EGMR sei ein deutliches Signal, „dass das Zentrum des Religionsrechts, nämlich das Anerkennungsrecht, in der Tat problematisch ist“.

Zur Bedeutung der gesetzlichen Anerkennung unterstrich Pastor Brugger: „Wir streben diese Anerkennung an. Wir sehen sie aber in einem größeren Zusammenhang, denn die Anerkennung und Akzeptanz in der Bevölkerung muss durch Fleiß, Ausdauer und gezieltes Eingehen auf die Bedürfnisse der Menschen immer wieder erarbeitet werden. Adventisten wissen sich in ihrem humanitären, sozialen und pädagogischen Engagement dem Vorbild Jesu und den Prinzipien der Heiligen Schrift verpflichtet.“

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist eine evangelische Freikirche, die aus den Erweckungsbewegungen des 19. Jahrhunderts hervorging. Mit weltweit über 16 Millionen erwachsen getauften Mitgliedern ist sie in 203 Ländern vertreten. In Österreich gibt es über 3.800 Adventisten in 49 Kirchengemeinden. Sie unterhalten das Theologische Seminar und

Oberstufen Realgymnasium Schloss Bogenhofen bei Braunau am Inn, insgesamt fünf Grundschulen in Wien, Linz, St. Peter/Hart, Herrnberg und Lustenau, das Altenheim „Haus Stefanie“ auf dem Semmering, den „Wegweiser-Verlag“ in Spillern und das Internationale Bibelstudien-Institut in Wien. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Österreich führt humanitäre Maßnahmen in aller Welt durch.

Seit 1998 kennt das österreichische Recht staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften und eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften. Derzeit gibt es 13 anerkannte Religionsgemeinschaften in Österreich: Römisch-katholische Kirche, Evangelische Kirche, Griechische Orthodoxe Kirche, Israelitische Kultusgemeinde, Islamische Glaubensgemeinschaft, Koptische Orthodoxe Kirche, Alt-katholische Kirche, Methodistische Kirche, Mormonen, Armenische Apostolische Kirche, Neuapostolische Kirche, Buddhistische Religionsgemeinschaft und Syrische Orthodoxe Kirche.

Als eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften (RBG) sind derzeit, neben der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, registriert: Bahá'í-Religionsgemeinschaft, Bund der Baptistengemeinden, Bund Evangelikaler Gemeinden, Die Christengemeinschaft – Bewegung für religiöse Erneuerung in Österreich, Freie Christengemeinde/Pfingstgemeinde, Hinduistische Religionsgesellschaft in Österreich (HRÖ), Jehovas Zeugen, Mennonitische Freikirche Österreich (MFÖ) und Pfingstkirche Gemeinde Gottes in Österreich.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Katholische Kirche ruft zur Solidarität mit den Christen in China auf

Bonn, 23.09.2008/APD Zur Solidarität mit den Christen in China hat der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), aufgerufen. Die Kirche in China sei nicht frei, obwohl sich die Lage der Christen in den letzten 25 Jahren verbessert habe, sagte Schick am 23. September in Fulda. Die so genannte Untergrundkirche lebe in der Illegalität und dürfe offiziell gar nicht existieren, und der staatlich anerkannte Teil der Kirche stehe trotz gewisser Freiheiten unter ständiger Kontrolle, betonte Schick bei der Vorstellung der diesjährigen Initiative „Solidarität für verfolgte und bedrängte Christen“ der Deutschen Bischofskonferenz. Mit der 2003 ins Leben gerufenen Aktion wollen die deutschen katholischen Bischöfe die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und Öffentlichkeit verstärkt auf die Situation jener Christen lenken, deren Menschenrechte eingeschränkt und missachtet werden. Zu diesem Zweck wird jährlich eine Arbeitshilfe veröffentlicht, die sich jeweils einer Schwerpunktregion widmet.

Mit welchen Schwierigkeiten die Christen in China zu kämpfen hätten, schilderte Pater Anton Weber, Leiter des China-Zentrums in St. Augustin. Das Recht auf Religionsfreiheit sei zwar in der Verfassung verankert, dennoch werde der Religion in China „nicht oder noch nicht“ jenes Maß an Freiheit gewährt, die der internationale Menschenrechtsstandard fordere. Pfarrer und Bischöfe müssten regelmäßig an politischen Schulungen teilnehmen, die Ausbildung an den theologischen Seminaren werde überwacht. Laut Weber würden auch Telefongespräche abgehört und immer wieder sollten Kleriker als Informanten gewonnen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erster Spatenstich für ein stationäres Hospiz in Lauchhammer

Lauchhammer, 22.09.2008/APD Für insgesamt 1,4 Millionen Euro entsteht in der Nähe des Klinikums Niederlausitz in Lauchhammer im südlichen Brandenburg eine Einrichtung, in der Schwerstkranke und Sterbende betreut werden sollen, die aus medizinischen Gründen nicht mehr nach Hause entlassen werden können. In dem eingeschossigen Gebäude in ruhiger Wohnlage sind zehn Betten in Einzelzimmern für die Patienten, zwei Angehörigenzimmer, ein Abschiedsraum, ein Raum der Stille und die erforderlichen Funktionsräume vorgesehen. Bauherr und Träger ist der neu gegründete Verein „Hospiz Senftenberg AWW“. Er besiegelt eine Partnerschaft zwischen dem ambulanten Hospizdienst Oberspreewald-Lausitz und dem Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) im Land Brandenburg, dem Sozialwerk der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten.

Wie Pastor Lothar Scheel, Vorsitzender des Vereins Hospiz Senftenberg AWW und des Advent-Wohlfahrtswerkes im Land Brandenburg, nach dem ersten Spatenstich für die künftige Einrichtung mitteilte, werde die Versorgung, Pflege und Begleitung der Patienten im Hospiz durch fest angestelltes Fachpersonal geleistet, das von Mitarbeiterinnen des ambulanten Hospizdienstes sowie einem Netzwerk medizinischer

und sonstiger Leistungsanbieter Unterstützung findet. Die etwa 19.000 Einwohner zählende Stadt Lauchhammer liegt im Schnittpunkt der Landkreise Oberspreewald-Lausitz, Dahme-Spree und Elbe-Elster, dem Versorgungsbereich des geplanten Hospizes.

Die insgesamt 1,4 Mio Euro Investitionskosten müssten laut Scheel vom Träger selbst durch Stiftungsgelder, Bankkredite und Spenden aufgebracht werden. Fördermittel stünden nicht zur Verfügung. Die erforderlichen zehn Prozent Eigenmittel würden überwiegend vom Advent-Wohlfahrtswerk, der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und einzelnen adventistischen Kirchengemeinden, von Privatpersonen und Firmen aus der Region sowie durch Benefiz-Veranstaltungen des ambulanten Hospizdienstes aufgebracht. Der Betrieb des stationären Hospizes wird nach Fertigstellung zu 90 Prozent durch feste Zuschüsse der Kranken- und Pflegekassen sowie mit zehn Prozent Eigenmitteln des Trägers finanziert. Die Fertigstellung des Hospizes in Lauchhammer ist für Ostern 2009 vorgesehen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Sir Walter Scott- Literaturpreis für Titus Müller

Speyer, 21.09.2008/APD Im historischen Rathaus der Stadt Speyer erhielt der Autor Titus Müller am 19. September den Bronzenen Lorbeer des Sir Walter Scott-Preises 2008 für seinen

historischen Roman „Das Mysterium“. Der Literaturpreis wird alle zwei Jahre vom Autorenkreis QUO VADIS für die drei besten historischen Romane vergeben. Mit Werken wie „Ivanhoe“ erwies sich der Schotte Sir Walter Scott als Vorreiter des Genres und hat damit zugleich hohe Maßstäbe gesetzt.

Vier renommierte Juroren aus unterschiedlichen Bereichen des Literatur hatten die Aufgabe, aus den 81 Einsendungen die drei lesenswertesten Romane auszuwählen. Bei der Bewertung spielten die Qualität der Recherche und des Quellenstudiums sowie stilistische Kriterien eine wichtige Rolle. Der Goldene Lorbeer ging an Andreas Izquierdo für seinen Roman „Der König von Albanien“ und den Silbernen Lorbeer erhielt Wolfgang Mock für das Werk „Simplon“.

Titus Müller, der Siebenten-Tags-Adventist ist, wurde 1977 in Leipzig geboren, studierte Literatur, Mittelalterliche Geschichte und Publizistik in Berlin. Er veröffentlichte als 24-Jähriger mit „Der Kalligraph des Bischofs“ seinen ersten historischen Roman. 2005 gewann er den C.S. Lewis-Preis und wurde von der Universität Tübingen im Rahmen des Würth-Literaturpreises ausgezeichnet. Müllers sechster Roman, „Das Mysterium“, erschien 2007. Seine Bücher wurden in Deutschland bisher über eine Viertelmillion Mal verkauft.

Der Roman „Das Mysterium“ versetzt den Leser in die Stadt München des 14. Jahrhunderts. Nemo ist ein Meister der Täuschung. Und er hat allen Grund, seine wahre Identität zu verbergen, denn er hütet ein düsteres Geheimnis. Als eines Tages Amiel von Ax, Großmeister der „reinen Kirche“, auftaucht, holt Nemo seine Vergangenheit ein. Nicht nur die Inquisition, sondern auch William von Ockham, Intimus des Kaisers, wollen Amiel von Ax vernichten. Nemo steht plötzlich zwischen den großen Männern, und ein Kampf um das heilige Vermächtnis entbrennt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

ÖRK-Exekutivausschuss tagt in Lübeck

Lübeck, 21.09.2008/APD Hochrangige Kirchenvertreter aus der ganzen Welt sind vom 21. bis 26. September in Lübeck zu Gast. Auf Einladung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche kommt der 25köpfige Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) zu seiner halbjährigen Tagung in der Hansestadt zusammen. Einziger deutscher Vertreter in dem Gremium ist der EKD-Auslandsbischof, Martin Schindehütte. Am Dienstag, dem 23. September, wird auch der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Wolfgang Huber, in Lübeck erwartet. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die globale Nahrungsmittelkrise, der Konflikt in Dafur, die Lage in Sri Lanka und die Wahl eines geschäftsführenden Generalsekretärs des ÖRK.

In Zukunft will der Exekutivausschuss, neben der alle sechs Jahre tagenden Vollversammlung als höchstes Gremium des Ökumenischen Rates der Kirchen, eine der zwei jährlichen Sitzungen außerhalb seiner Zentrale in Genf abhalten, um die Kontakte zu den Mitgliedskirchen zu stärken. Daher gehört zur Tagung des Gremiums in Lübeck auch ein zweitägiges Besuchsprogramm, in dessen Rahmen die Ausschussmitglieder vor allem die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, die pommersche und mecklenburgische Landeskirche und die Arbeit des in Hamburg ansässigen Evangelischen Missionswerks kennenlernen sollen.

Dem ÖRK gehören weltweit mehr als 560 Millionen Christen in 349 Kirchen aus über 110 Ländern an. Zu ihnen zählen die Mehrzahl der orthodoxen Kirchen, zahlreiche Kirchen aus den historischen Traditionen der protestantischen Reformation, wie Anglikaner, Baptisten, Lutheraner, Methodisten und Reformierte, sowie vereinigte und unabhängige Kirchen. Während 1948 die meisten ÖRK-Gründungsmitglieder europäische und nordamerikanische Kirchen waren, setzt sich die heutige Mitgliedschaft vorwiegend aus Kirchen in Afrika, Asien, der Karibik, Lateinamerika, dem Nahen und Mittleren Osten sowie dem pazifischen Raum zusammen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Bundesweite Aktion "Kinder helfen Kindern" 2008 in Berlin eröffnet

Berlin, 20.09.2008/APD Gemeinsam durchschnitten am 14. September auf dem Gelände des Krankenhauses „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter und Pastor Erich Lischek (Weiterstadt bei Darmstadt), Direktor der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, das Band am Eingang der Pakete-Packstraße. Damit war die diesjährige bundesweite „Aktion Kinder helfen Kindern“ eröffnet. Benneter freute sich über das anschließende Engagement der Kinder, die mit den selbstgepackten Paketen armen Kindern in Berlin und im Kosovo

eine Freude machen wollen, und überbrachte die Grüße der Schirmherrin der Aktion, Familienministerin Ursula von der Leyen.

Bernd Quoß, der neue Geschäftsführer des adventistischen Krankenhauses „Waldfriede“, das gleichzeitig einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltete, wies auf die enge Verbundenheit zwischen dem Dienst der Klinik und ADRA hin. „Beide Einrichtungen kümmern sich intensiv um das Wohl von Kindern, was bei zunehmender Kinderarmut auch in Berlin eine wichtige Aufgabe ist.“

Pastor Lischek betonte, es sei wesentlich, schon im frühen Kindesalter das Teilen zu lernen. Die Kinderpaket-Aktion wolle das zu vermitteln helfen. Als Ergebnisse der Aktion waren auf großen Bildern unter anderem die Sanitäreinrichtungen eines Waisenhauses in der Ukraine vor und nach der Sanierung durch ADRA zu sehen. Auch eine völlig zerfallene Schule in Albanien war nach der Restaurierung nicht mehr wiederzuerkennen. „All‘ dies wurde durch die Aktion ‚Kinder helfen Kindern‘ möglich. Sie macht auf diese Missstände aufmerksam, und mit den Spenden können wir nachhaltige Verbesserungen schaffen, die allen Kindern dort zugute kommen“, hob der Direktor von ADRA Deutschland hervor.

Im Laufe des Tages wurden 155 Pakete versandfertig gepackt und im ADRA-Transporter verstaut. In der Adventszeit wird ein Teil der Berliner Pakete direkt an Berliner Kinder verschenkt, ein anderer zur gleichen Zeit in das Kosovo transportiert, um auch dort den Kindern noch vor Weihnachten eine Freude zu bereiten. Im letzten Jahr gingen fast 39.000 Weihnachtspakete an Waisen- und Heimkinder in acht Länder Osteuropas. Weitere Informationen über die ADRA-Aktion sind im Internet unter www.kinder-helfen-kindern.org zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Luthergarten soll eines der bedeutendsten Reformationsdenkmale werden

Wittenberg, 20.09.2008/APD „Ich bin der festen Überzeugung, dass an diesem Ort eines der bedeutendsten Reformationsdenkmale des 21. Jahrhunderts entstehen wird“, betonte der Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB), Landesbischof Dr. Johannes Friedrich (München), bei der Grundsteinlegung für den Luthergarten in Wittenberg am 20. September. Das Projekt war vom Lutherischen Weltbund in Genf initiiert und vom DNK/LWB sowie von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) unterstützt worden.

Der Luthergarten, der auf der Andreasbreite in Wittenberg entstehen soll, wird nach Darstellung von Landschaftsarchitekt Dr. Andreas Kipar (Mailand/Duisburg) ein ovales, rund 230 Meter langes Gelände mit 500 Bäumen sein. In der Mitte werde es einen Platz in der Form der Lutherrose geben. Kirchen aus aller Welt und allen Konfessionen seien eingeladen, eine Patenschaft für einen der Bäume zu übernehmen und gleichzeitig einen Baum in ihrer Heimatgemeinde zu pflanzen, um die Patenschaft zu dokumentieren. Auf diese Weise werde ein weltweites ökumenisches Netz gespannt, so der Planer des Projekts.

In seiner Ansprache stellte Landesbischof Friedrich die Bedeutung Luthers heraus. In Wittenberg sei eine „neue Epoche im Gottes- und Weltverständnis“ eingeläutet worden. Vom

Luthergarten gehe die Botschaft aus, dass Christen die Bibel und mit ihm Jesus Christus in das Zentrum ihrer Verkündigung stellen und für die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Menschen eintreten. Ebenso gehe von ihm die Botschaft von der ökumenischen Verbundenheit der christlichen Kirchen aus, die in versöhnter Verschiedenheit lebten.

Eigens zur Grundsteinlegung war auch der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Mark S. Hanson (Chicago/USA), angereist. Er hob die weltweite Ausstrahlung der Überzeugungen Martin Luthers hervor. Diese prägten bis heute die 141 Mitgliedskirchen des LWB mit über 68 Millionen Gläubigen in 79 Ländern. Durch den Luthergarten werde Wittenberg sein Renommee „als Ort von großer historischer Bedeutung“ unterstreichen. Zugleich biete sich die Gelegenheit, die Wichtigkeit der lutherischen Reformation für die heutige weltweite Gemeinschaft der Kirchen zu beleuchten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Lutheraner verpflichten sich zur Mission

Greifswald, 20.09.2008/APD Mit einer Selbstverpflichtung, die missionarische Aufgabe ernst zu nehmen und neue Wege der Glaubensvermittlung zu entwickeln, ist die Europäische Kirchenleiterkonsultation des Lutherischen Weltbundes (LWB) am 16. September in Greifswald zu Ende gegangen. Rund neunzig Bischöfinnen und Bischöfe sowie Synodenpräsidentinnen und -präsidenten aus den 44 LWB-Mitgliedskirchen in Europa berieten

seit dem 11. September unter dem Motto „Wachsen, leiten und gestalten“. In der einstimmig angenommenen Schlussbotschaft heißt es, das wachsende Interesse an religiösen Fragen sowie an Spiritualität sei ein „ermutigendes Zeichen“. Besondere Aufmerksamkeit müssten die Kirchen der wachsenden Mobilität sowie der innereuropäischen und auch der weltweiten Migration entgegen bringen. Allein auf nationaler Ebene könnten diese Fragen nicht gelöst werden.

Der vom LWB angestoßene Konsultationsprozess über „Ehe, Familie und Sexualität“ hatte auch in Greifswald zu einer Kontroverse geführt. Unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen, insbesondere zum Thema Homosexualität, gebe es aber den ausdrücklichen Willen, unter dem Dach des LWB zusammen zu bleiben.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Afroamerikaner und Weiße feiern in den USA Gottesdienste getrennt

Washington D. C./USA, 19.09.2008/APD In den USA bleiben Afroamerikaner und Weiße in Gottesdiensten weitgehend unter sich. Knapp 60 Prozent der Afroamerikaner und 56 Prozent der Weißen gaben dies bei einer Befragung an, wie der US-Fernsehsender CNN kürzlich meldete. Die meisten US-Bürger seien somit während der Gottesdienste in der Kirche ausschließlich oder weitgehend von Menschen der gleichen Rasse

umgeben. In Nordamerika versammeln sich Afroamerikaner, Asiaten, Latinos, Ureinwohner und Weiße meist in eigenen Kirchengemeinden. Sechs Prozent der Schwarzen und 16 Prozent der Weißen blieben ganz zu Hause, ergab die Befragung. Lediglich ein knappes Drittel der Bevölkerung besuche multikulturelle Gottesdienste.

Experten zufolge sind in den USA nur fünf Prozent der Gemeinden „integriert“, und die Hälfte davon sind im Begriff, „ganz schwarze“ oder „ganz weiße“ Gemeinden zu werden. Von einer integrierten Gemeinde könne man erst sprechen, wenn mindestens 20 Prozent der Mitglieder einer anderen Rasse der Kirchengemeinde angehörten, sagte der Theologe und Wissenschaftler Curtiss Paul DeYoung dem US-Nachrichtensender. Die meisten integrierten Gemeinden hätten außerdem weiße Seelsorger. Werde der weiße Pastor von einem schwarzen abgelöst, verließen allerdings viele weiße Mitglieder die Gemeinde, erläuterte der Experte. Viele Afroamerikaner seien in Gottesdiensten lieber unter sich, denn die Kirchen wären „Zufluchtsstätten“ und sie müssten wenigstens am Sonntag keine Diskriminierung erleben, so DeYoung.

DeYoung ist Mitverfasser des 2004 erschienenen Buches „United by Faith“ (Vereint im Glauben), das die Rassenbeziehungen in den US-Kirchen untersucht.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventistisches Medienzentrum öffnet erneut die Türen

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 18.09.2008/APD Motiviert durch rund 1.000 Gäste beim „Tag der offenen Tür 2007“ lädt das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein, eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, am 21. September wieder zum Besuch ein.

Am kommenden Sonntag können Interessenten einen Einblick in das Arbeitsfeld eines europäischen Medienzentrums erhalten. Dazu präsentieren sich die einzelnen Abteilungen, wie Blindenhörbücherei, Internationales Bibelstudien-Institut, HOPE Channel Radio und Fernsehen, Internet und christlicher Buchladen, mit einem abwechslungsreichen Programm. Neben reichhaltiger Verpflegung dürfen sich die kleinen und großen Besucher auf einen bunten Mix an Aktivitäten, wie eine Schnitzeljagd, geführte Hausbesichtigungen, eine Hüpfburg und vieles mehr freuen.

Um den Besuchern die Möglichkeit zu geben, die Welt von sehbehinderten und blinden Menschen zu erfahren, lädt ein Dunkelraum dazu ein, Interessantes über den Tastsinn neu zu entdecken. Ängstliche Naturen können dabei von einem Blinden-Führer begleitet werden, der viele Erfahrungen aus seinem Alltag berichten kann.

Auch am „Tag der offenen Tür“ werden Radio-Sendungen produziert. Die Besucher können an Interviews teilnehmen, die live ausgestrahlt werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Auf dem religiösen "Markt" Frankreichs gibt es nicht nur eine Partei - Kommentar zum Papstbesuch in Frankreich

Papst Benedikt XVI. hat am 12. September anlässlich seiner Begegnung mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy in Paris dessen Idee einer sogenannten „positiven Laizität“ wohlwollend aufgegriffen. Sarkozy hatte bereits bei seinem Rom-Besuch im Dezember 2007 angesichts der bislang in Frankreich gesetzlich verankerten strikten Trennung zwischen Kirche und Staat für Aufsehen gesorgt, als er die Bedeutung der christlichen Wurzeln für Frankreich betonte und Anpassungen des Trennungsgesetzes von 1905 forderte. Nach Sarkozy sei insbesondere die christliche Religion, mit der Frankreich eine lange Geschichte teile, ein lebendiges Erbe des Nachdenkens über Gott, den Menschen und die Gesellschaft. Es wäre, so der Staatspräsident, verrückt, sich dessen zu berauben und ein Fehler gegenüber unserer Kultur.

Benedikt XVI. hat das von Sarkozy zum Ausdruck gebrachte offenere Verständnis vom Dialog zwischen Kirche und Staat lobend erwähnt und zu einem neuen Nachdenken über den wahren Sinn und die Bedeutung von Laizität aufgerufen. Der Papst hält im Hinblick auf die Religionsfreiheit der Bürger und die Verantwortung des Staates ihnen gegenüber eine Unterscheidung zwischen politischem und religiösem Bereich für wichtig, fordert andererseits jedoch dazu auf, sich deutlicher der unersetzlichen Funktion der Religion für die Gewissensbildung bewusst zu werden sowie des Beitrags, den die Religion zur Bildung eines ethischen Grundkonsenses innerhalb der

Gesellschaft erbringen kann.

Ob man angesichts der jüngsten Äußerungen aus Paris tatsächlich bereits von einem Zusammenbruch der „Mauer des Laizismus“ in Frankreich ausgehen kann, wie es der Präsident des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Kardinal Renato Raffaele Martino, in einem Zeitungsinterview getan hat, darf dahingestellt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften und dem Staat in Frankreich zukünftig entwickeln wird. Es ist sicher richtig, dass zur Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Probleme insbesondere im Hinblick auf die Integration von Migranten ein Minimum von Wertekonsens unerlässlich ist und die Religion hierbei eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt. Eine religionsfeindlich ausgerichtete Trennung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, wie sie dem französischen Gesetzgeber von 1905 noch vorgeschwebt haben mag, ist insoweit wenig förderlich. Bei der jetzt zu beobachtenden Entwicklung in Frankreich sollte jedoch berücksichtigt werden, dass es auf dem religiösen „Markt“ nicht nur eine Partei gibt, sondern dass der Staat beim Umgang mit Kirchen und Religionsgemeinschaften zu Parität und Gleichberechtigung verpflichtet ist.

Dr. Harald Mueller

(Hinweis der Redaktion: Der Jurist Dr. Harald Mueller leitet das Institut für Religionsfreiheit an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg.)

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Katholische Kritik an Gleichgültigkeit gegenüber Christenverfolgungen

Bonn, 16.09.2008/APD Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, hat kritisiert, dass Christenverfolgungen in außereuropäischen Ländern in der Öffentlichkeit praktisch nicht beachtet würden. Offenbar betrachteten es viele Menschen als Ausdruck von Toleranz über Diskriminierungen und Verfolgungen von Christen hinwegzusehen.

Faktisch laufe dieses öffentliche Desinteresse auf eine Bagatellisierung von Christenverfolgungen und auf die Verweigerung wirksamer Hilfe hinaus, sagte Meyer am 12. September vor dem Hauptausschuss des ZdK in Bonn.

Als Beispiele nannte Meyer die Lage von Christen im Irak und die Ausschreitungen im indischen Bundesstaat Orissa. Dort befänden sich schätzungsweise bis zu 50.000 Christen auf der Flucht vor nationalistischen Hindus. Bei gewalttätigen Zusammenstößen wurden mehrere Menschen getötet und zahlreiche Kirchen, Kapellen und Häuser von Christen zerstört.

„Leider sind nicht wenige in der Politik und in den Medien auf die schäbige Nichtachtung des Leids von Christen noch besonders stolz. Ich nenne diese Haltung weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit, eine Schande“, beklagte der ZdK-Präsident und frühere Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen.

Bereits während des Katholikentages 2008 in Osnabrück plädierte Meyer für einen stärkeren Gemeinschaftssinn. Gemeinschaft sei eine lebenswichtige Alternative zu Beliebigkeit und Bindungslosigkeit, zum Zerfall der Gesellschaft sowie zur Enge der Ichbezogenheit. So erinnerte

Meyer an die Armen, Entrechteten und Verfolgten in Darfur, Tibet, Birma und Simbabwe.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) steht für die katholischen Frauen und Männer, die sich in Laienräten, Verbänden, Bewegungen, Initiativen und Organisationen aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft und der Kirche in Deutschland beteiligen. Das ZdK ist zusammen mit dem jeweiligen katholischen Ortsbistum Veranstalter der „Deutschen Katholikentage“. Der nächste Katholikentag findet 2012 in Mannheim statt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Evangelisches Allianzhaus wird grundlegend saniert

Bad Blankenburg, 15.09.2008/APD Die Deutsche Evangelische Allianz hat die geplante Generalsanierung von Teilen des Allianzhauses im thüringischen Bad Blankenburg der Öffentlichkeit präsentiert. Unter dem Motto „Wir bauen gemeinsam“ lädt sie zur Beteiligung an den bisher umfangreichsten Sanierungsarbeiten des seit 1886 bestehenden Konferenz- und Tagungszentrums „Evangelisches Allianzhaus“ ein, mit denen im April begonnen wurde. So wird die Bettenkapazität von bisher 70 auf 100 Betten erweitert und eines der Tagungshäuser im Zuge der Generalsanierung behindertengerecht eingerichtet. Außerdem sollen künftig auch alle Tagungsräumlichkeiten und der Speisesaal nach dem Einbau

von Aufzügen barrierefrei erreichbar sein. Zum Bauprogramm gehört auch die Schaffung weiterer Tagungsräume, ein neuer Speisesaal, Cafeteria, Kreativ- und Fitnessräume sowie ein Andachtsraum als künftige „geistliche Mitte“ des Anwesens. Die Geschäftsstelle der Deutschen Evangelischen Allianz, die seit dem Umzug von Stuttgart nach Bad Blankenburg 2004 vorübergehend in Gästezimmern untergebracht ist, erhält eigene Räumlichkeiten.

Insgesamt sind für die Baumaßnahmen rund 3,65 Millionen Euro veranschlagt. 400.000 Euro werden aus Mitteln der Städtebauförderung erwartet, da das Allianzhaus in einem Sanierungsgebiet liegt. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat einen Zuschuss von 200.000 Euro gewährt und die „heimische“ Landeskirche Thüringen ebenfalls 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. „Wenn 85.000 Menschen je einen ‚Baustein‘, den wir mit 25 Euro bewerten, finanzieren, kann das Vorhaben gelingen“, so der Direktor des Evangelischen Allianzhauses, Reinhard Holmer, im Hinblick auf die noch fehlenden 2,1 Millionen Euro.

Das Evangelische Allianzhaus wurde 1886 von Anna von Weling gegründet. 1906 entstand eine große Konferenzhalle. Seit über einhundert Jahren findet im August die „Blankenburger Konferenz“ statt, die Tausende Teilnehmer auf dem Gelände des Evangelischen Allianzhauses zusammenführt. Seit 1990 ist das Allianzhaus wieder Sitz und Zentrum der Deutschen Evangelischen Allianz, einem Zusammenschluss von Christen aus Landeskirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Das Programm des Allianzhauses enthält beispielsweise Chor-, Bibel-, Single- und Wanderfreizeiten. In der nächsten Zeit finden außerdem eine Bach-Studienreise, eine Einführung in israelische Tänze und eine Seelsorge-Schulung statt. Zur Anlage gehört auch eine weiträumige Parkanlage mit Zeltplatz, Kleinfeldfußball und Tischtennisraum. Es stehen fünf Seminarräume und eine Konferenzhalle für 1.800 Personen zur Verfügung. Die Räume sind mit moderner Tagungstechnik

ausgestattet.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

U.S.-Kommission für Religionsfreiheit fordert von der Türkei Rückgabe von Kirchenbesitz

Washington D.C./USA, 14.09.2008/APD Die U.S. Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hat die Türkei aufgefordert, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR) zur Rückgabe enteigneten Kirchenbesitzes an das Ökumenische Patriarchat umzusetzen. „Dies ist eine wegweisende Entscheidung für die Rechte aller religiösen Minderheiten in der Türkei, auch deshalb, weil es das Patriarchat als Rechtsperson anerkennt“, erklärte die Kommission am 9. September in einer Stellungnahme. Die U.S.-Regierung müsse die türkische Regierung drängen, ihr Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit durch die Umsetzung des Urteils zu demonstrieren, sagte die Kommissionsvorsitzende Felice D. Gaer.

Bereits im Juli hatte der demokratische U.S.-Präsidentschaftskandidat Barack Obama in einem Interview mit dem griechischen Programm der „Voice of America“ an die türkische Regierung appelliert, die Rechte des Ökumenischen Patriarchats zu garantieren. Insbesondere forderte Obama die

Regierung in Ankara auf, dem Patriarchat enteignete Immobilien zurückzugeben und die Wiedereröffnung der Theologischen Fakultät und des Priesterseminars auf der Insel Chalki zu ermöglichen.

Die U.S.-Kommission ist eine halbstaatliche Organisation, die 1998 vom amerikanischen Kongress ins Leben gerufen wurde. Sie befasst sich mit der Verletzung der Religionsfreiheit in aller Welt und prangert Verstöße an. Leitender USCIRF-Direktor ist der Jurist James D. Standish.

Der Straßburger Menschenrechtsgerichtshof hatte im Juli einer Klage des Patriarchats gegen die Enteignung des kirchlichen Waisenhauses auf der Prinzeninsel Büyük Ada stattgegeben, das 1996 vom Staat beschlagnahmt worden war. Die Richter verurteilten die Enteignung als Verletzung des Rechts auf Eigentum.

Die Straßburger Entscheidung löste bei den christlichen Kirchen in der Türkei Hoffnung aus, weil sie als Präzedenzentscheidung für zahlreiche ähnlich gelagert Fälle gilt. Bei dem Waisenhaus handelt es sich um eine von Tausenden Immobilien, die den christlichen Gemeinschaften und Kirchen entzogen worden sind. Allerdings ist man im Phanar, dem Amtssitz des Patriarchen, skeptisch, ob das Urteil auch umgesetzt wird und eine Rückgabe des Gebäudes an die Kirche oder eine entsprechende Kompensationszahlung erfolgt.

Konkret ging es in dem Prozess um eine Liegenschaft auf der Insel Büyük Ada im Marmara-Meer, die das orthodoxe Patriarchat im Jahr 1902 erworben hatte. Das Villen-Gebäude hatte zuvor als Hotel gedient; jahrzehntelang wurde es von der Kirche als Waisenhaus genutzt, bis es 1963 bei einem Großbrand geräumt werden musste. Eine Renovierung wurde durch bürokratische Winkelzüge verhindert. 1996 beschlagnahmte der türkische Staat die Liegenschaft mit der Begründung, dass sie nicht mehr für ihren ursprünglichen Zweck genutzt werde.

Alle Klagen des Ökumenischen Patriarchats vor türkischen Gerichten blieben ergebnislos. Zuletzt war die Kirche vor vier Jahren in letzter Instanz vor dem Obersten Berufungsgerichtshof der Türkei unterlegen. Im vergangenen Jahr zog das Patriarchat schließlich vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventisten jetzt auch auf der pazifischen Insel Wallis

Noumea/Neukaledonien, 13.09.2008/APD Mit der Taufe von sechs Erwachsenen ist die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten jetzt auch auf der zu Frankreich gehörenden pazifischen Insel Wallis vertreten. Die rund 10.000 Insulaner sind fast alle römisch-katholisch. Dennoch hatte die Inselverwaltung den Adventisten im letzten Jahr erlaubt, dort Bibelvorträge zu halten. Die neuen Gläubigen werden von Pastor Fredy Taputu betreut.

Nach Angaben der adventistische Kirchenleitung für Neukaledonien waren die evangelistischen Veranstaltungen auf der Insel Wallis von heftigem lokalem Widerstand begleitet. Oppositionelle Gruppierungen beschimpften die Adventisten als Sekte und „Wölfe im Schafspelz“. Einigen Vortragsbesuchern wurde sogar gedroht, sie würden ihre Arbeitsstelle verlieren, falls sie die Bibelvorträge der Adventisten weiterhin besuchten. Die massiven Reaktionen machten deutlich, dass die

Religionsfreiheit im französischen Überseeterritorium Wallis und Futun auf schwachen Füßen stehe, so die Freikirche.

Die Siebenten-Tags-Adventisten sind eine evangelische Freikirche mit mehr als 15 Millionen erwachsen getauften Mitgliedern in über 200 Ländern der Erde.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventistische Pfadfinderarbeit Modell für Schulen

Kingston/Jamaika, 12.09.2008/APD „Das Pfadfindermodell der Siebenten-Tags-Adventisten soll künftig in den Schulen Jamaikas Anwendung finden“, teilte der Minister für Bildung des Inselstaates, Andrew Holness, mit. Durch Aufnahme der Pfadfinderarbeit in den Lehrplan solle der zunehmenden Gewalt und dem unangemessenen Verhalten in Schulen begegnet werden. Der Minister bat die adventistische Kirche um Unterstützung des Vorhabens. Fast jede der 598 Gemeinden der Freikirche auf Jamaika bietet eine offene Pfadfinderarbeit an, in der Zehntausende von Jungen und Mädchen organisiert sind.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Weltweiter Trend zur Abschaffung der Todesstrafe

Berlin, 11.09.2008/APD Die deutsche Bundesregierung setzte sich nach eigenen Angaben während ihrer EU-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 2007 konsequent für die Umsetzung der EU-Leitlinien gegen die Todesstrafe ein. Deutschland habe mit dem „Aktionsplan Todesstrafe“ die Grundlage für eine Resolution gegen die Todesstrafe in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gelegt, heißt es im 8. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen (16/10037). Es gebe einen weltweiten Trend zur Abschaffung der Todesstrafe. „Nach Ansicht der Bundesregierung und ihrer EU-Partner ist die Todesstrafe weder ethisch noch rechtspolitisch zu rechtfertigen“, so der Regierungsbericht. Sie habe keine abschreckende Wirkung und versage daher als Mittel der Verbrechensbekämpfung. Zudem könnten dann Justizirrtümer nicht mehr korrigiert werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Todesstrafe nach Artikel 102 des Grundgesetzes von 1949 abgeschafft.

Unter Berufung auf eine weltweite Statistik von amnesty international (ai) teilte die Bundesregierung mit, dass 2006 mindestens 1.591 Menschen in 25 Staaten hingerichtet und 3.861 Menschen in 55 Ländern zum Tode verurteilt worden seien. Immer mehr Staaten würden völkerrechtlich verbindliche Verträge gegen die Todesstrafe unterzeichnen. 64 Staaten hätten inzwischen das „2. Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe“ ratifiziert. Kirgisistan, die Philippinen, Ruanda und Usbekistan sowie der US-Bundesstaat New Jersey haben die Todesstrafe abgeschafft.

Zu den Ländern, in denen nach wie vor die Todesstrafe vollstreckt wird, gehört der Iran, dem die Bundesregierung eine verschlechterte Menschenrechtslage bescheinigt. 2007 seien nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen dort über 300 Menschen hingerichtet worden. Oft würden die Todesurteile öffentlich vollstreckt. So könne auch der Abfall vom Islam mit dem Tode bestraft werden. Zur Lage in Afghanistan heißt es, „die von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützte Forderung konservativer Kräfte nach dem Schutz der Religion – bis zur Todesstrafe bei Gottes- beziehungsweise Prophetenlästerung – kollidiert mit den Grundrechten Meinungs-, Presse-, Medien- und Religionsfreiheit“.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Offene Türen" beim größten europäischen evangelischen Ökumeneinstitut

Bensheim/Deutschland, 10.09.2008/APD Am 14. September, dem „Tag des offenen Denkmals“ (European Heritage Day), steht auch das Konfessionskundliche Institut in Bensheim an der Bergstrasse zur Besichtigung offen. Unter dem Motto „Vergangenheit aufgedeckt – Archäologie und Bauforschung“ bietet sich am „Tag des offenen Denkmals“ europaweit in denkmalgeschützten Gebäuden die Möglichkeit, sonst verborgene oder verschlossene Räume zu entdecken.

Das Konfessionskundliche Institut in Bensheim gilt als größtes

europäisches evangelisches Ökumeneinstitut. Es hat seinen Sitz in der denkmalgeschützten „Villa Brunnengräber“ im Bensheimer Metzendorf-Viertel. Das Institut wurde 1947 in diesem Gebäude gegründet.

In der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils wuchs die Bedeutung der ökumenischen Arbeit und 1967 zog das Institut in ein größeres Dienstgebäude um. Seit November 2007 arbeitet das Institut wieder in der 1905 erbauten Villa, die seit 2005 den Namen „Wolfgang-Sucker-Haus“ trägt. Der 1968 verstorbene Theologe und zweite hessen-nassauische Kirchenpräsident Sucker war der Begründer, Leiter und Förderer des Instituts, das heute vom Evangelischen Bund, der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie von Landeskirchen, wie der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Evangelischen Kirche der Pfalz, getragen wird.

Am 14. September steht das „Wolfgang-Sucker-Haus“ von 12.00 bis 17.00 Uhr zur Besichtigung offen. Die Besucher werden in halbstündlichen Führungen über die Architektur des im Heimatstil erbauten Gebäudes und die vielseitigen Aufgaben des Ökumeneinstituts informiert. Institutsleiter Dr. Walter Fleischmann-Bisten, Geschäftsführer Alexander Gemeinhardt und Architekt Jürgen Kling stehen für Auskünfte zur Verfügung. Das Leitwort „Den Nächsten kennen wie sich selbst“ bekommt damit eine ganz neue Wendung – als Einladung an die Öffentlichkeit, das Konfessionskundliche Institut kennen zu lernen.

Die Bibliothek mit über 40.000 Bänden und die Dokumentationsstelle, die mehr als 200 Pressedienste kontinuierlich auswertet, bilden den Hintergrund für die Arbeit an den konfessionskundlichen Fragen der Gegenwart. Die Referate „Katholizismus“, „Ostkirchenkunde“ sowie „Freikirchen und Innerprotestantische Ökumene“ und vier beratende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beobachten und kommentieren die aktuellen Entwicklungen in der Ökumene. Pfarrerrinnen, Pfarrer und andere Mitarbeitende profitieren jedes Jahr von mehreren Zeitschriften und Buchreihen, Tagungen und

Intensivseminaren.

Weitere Informationen über das Konfessionskundliche Institut Bensheim sind im Internet unter <http://www.ki-bensheim.de/konfessionskundliches-institut> zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kinder helfen Kindern in Berlin

Berlin, 09.09.2008/APD Unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen wird am Sonntag, dem 14. September um elf Uhr die diesjährige bundesweite Paketaktion „Kinder helfen Kindern“ der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland auf dem Gelände des Krankenhauses Waldfriede in Berlin-Zehlendorf offiziell eröffnet. Dabei packen Kinder eigene, gebrauchte aber gut erhaltene Spielsachen in ein Paket. Dazu gehören auch Süßigkeiten, Müsli-Riegel, Bastel- und Schulbedarf, Bälle, Teddybären, ein Kamm, Spiegel, Zahnbürste, Haarspangen, Mütze, Schal oder Handschuhe. Alle gespendeten Artikel sollen in einem sauberen und einwandfreien Zustand sein, damit sich die beschenkten Kinder aus armen Berliner Familien freuen können, wenn sie die Päckchen in der Vorweihnachtszeit erhalten. Auf dem Gelände des Krankenhauses Waldfriede hat die Hilfsorganisation ADRA dazu eine Packstraße eingerichtet. Hier können die Pakete gefüllt, verschlossen und gleich in einen

bereitstehenden Transporter verladen werden.

Der Direktor von ADRA Deutschland, Pastor Erich Lischek, betonte, dass die Aktion „Kinder helfen Kindern“ bisher überwiegend süd- und osteuropäischen Kinderheimen und Waisenhäusern zugute gekommen sei. Angesichts der Not vieler deutscher Familien gelte es die Aktion auch auf die Bundesrepublik auszudehnen.

Alle Kinder aus Berlin und Brandenburg sind zum Mitmachen eingeladen. Informationen gibt es im Internet unter www.kinder-helfen-kindern.org.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Internetverein staonline überträgt Domains an Freikirche

Köln, 08.09.2008/APD Der gemeinnützige Internetverein staonline e. V., der bisher als Dienstleister für die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland verschiedene Webseiten betreute, hat unter anderem die Eigentums- und Nutzungsrechte an den Domains *adventisten.de* mit der Homepage der Freikirche, *adventjugend.de*, die Website der adventistischen Jugendorganisation, und *aww.info* mit der Internetseite des Advent-Wohlfahrtswerkes an die Freikirche übertragen. Die Neugestaltung und das Hosting der Webseiten übernimmt das adventistische Medienzentrum „Stimme der

Hoffnung“ (Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt) in seinem Rechenzentrum.

„Als der Verein 1997 in Köln gegründet wurde, gab es bei der Freikirchenleitung wenig Interesse an den Kommunikationsmöglichkeiten mittels E-Mail und Internet“, sagte der Vorsitzende von staonline, Martin Haase (Bergisch Gladbach), bei der Übergabe der Domains. Deshalb hätten Adventisten den Verein gegründet, um Domains für die Freikirche zu sichern. Dass nun die Freikirche diese übernehme und durch ihr eigenes Medienzentrum betreuen lasse, sei der richtige Weg. Das bedeute jedoch nicht das Ende der Zusammenarbeit mit der Freikirche. Der Verein könne sich nun verstärkt nach dem Motto „Menschen verbinden – Gemeinschaft erleben“ um Medienbildung und Netzwerke kümmern. Schon jetzt sei staonline ein internationaler Verein für Online-Kommunikation betonte Haase. Das sollte ausgebaut werden, so dass „staonline Menschen verschiedener Kulturen über Grenzen hinweg vernetzt, den Austausch fördert und Gemeinschaft erlebbar macht“.

„Als Freikirchenleitung sind wir sehr dankbar für die ehrenamtliche Arbeit des Vereins in den letzten Jahren“, hob der Vorsitzende der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), hervor. Es sei der Freikirche 1997 nicht möglich gewesen, die neuen Medien schon damals in eigener Regie zu nutzen. „Staonline war daher nicht immer ein bequemer Partner, so dass es Reibungsflächen gab.“ Auch wenn heute die Freikirche durch den Ausbau ihres Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in der Lage sei, die eigene Homepage und die ihrer Institutionen selbst zu betreuen, werde dadurch staonline nicht überflüssig. Denn das Medienzentrum könne nicht alle Bereiche der Kommunikation abdecken.

Staonline erhielt 2005 von der Freikirche die Auszeichnung als eigenständiger Verein, der die Ziele und Anliegen der Adventisten „positiv unterstützt“. Laut Martin Haase gehörten

zu den bisherigen Höhepunkten des Vereins unter anderem die Gestaltung eines T-Shirts für staonline im Gründungsjahr 1997 durch den bekannten christlichen Illustrator „Tiki“ Werner Küstenmacher. Der Verein war bei den Deutschen Evangelischen Kirchentagen in Leipzig (1997), Stuttgart (1999) und Frankfurt/Main (2001) im Internetcafé präsent. Beim Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin besuchte der damalige Bundespräsident Johannes Rau auch den staonline-Stand. 2004 fand erstmals ein Online-Forum in einem anderen Land, nämlich in Prag statt.

„Lag der Schwerpunkt der jährlichen Online-Foren zunächst bei den technischen Details der Webprogrammierung, richteten sich die Referate und Workshops des 10. Forums im Jahr 2005 in erster Linie an Interessenten, die vor Ort durch Einbindung von Online-Angeboten ihrer Kirchengemeinde eine größere Effektivität erzielen wollten“, betonte Haase. 2006 ging es um die Ausbildung zum Internet-Missionar und 2007 befassten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Online-Forum mit dem Web 2.0 als eine neue „Generation“ des Internets. Der Verein hat zur Zeit 197 Mitglieder aus dem In- und Ausland.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wer weniger Fleisch isst, schützt das Klima

London/Großbritannien, 07.09.2008/APD Der Vorsitzende des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC),

Rajendra Kumar Pachauri, hat die Menschen dazu aufgefordert, weniger Fleisch zu essen. So könne jeder Einzelne einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sagte der indische Ökonom, Umweltwissenschaftler und Friedensnobelpreisträger der britischen Zeitung „The Observer“. Eine Änderung der Ernährungsgewohnheiten sei im Kampf gegen den Klimawandel wichtig, meinte der UN-Experte Pachauri. Denn die Aufzucht von Nutztieren sei für den Ausstoß von Treibhausgasen und die Rodung von Wäldern mitverantwortlich.

Auch der Leiter der Abteilung Viehzuchtpolitik der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Henning Steinfeld, weist seit Jahren darauf hin, dass die Tierzucht einer der größten Verantwortlichen für die heutigen Umweltprobleme sei.

Ob Verlust von wertvollem Boden, Klimawandel, Luftverschmutzung, Wasserknappheit, Wasserverschmutzung oder Rückgang der Artenvielfalt, überall sei der Einfluss der Viehzucht so dominant, dass „die Probleme umgehend angegangen werden müssen“, so Steinfeld. Für den FAO-Experten ist eine Reduktion der Fleischproduktion ein „einfaches Experiment“ zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Steinfeld, der seit 15 Jahren auf dem Gebiet der Viehzuchtpolitik arbeitet und sich insbesondere mit Umweltthemen, Armutsbekämpfung und Gesundheitsschutz beschäftigt, fordert: „Für eine nachhaltige Viehwirtschaft braucht es grundlegende Änderungen im Konsumverhalten, bei der Produktion und in der Politik“.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) prognostizierte für die nächsten Jahrzehnte eine Verdoppelung des Fleischkonsums. Die Fleischproduktion sei seit 1961 weltweit um 250 Prozent gewachsen und werde von derzeit 229 Millionen auf 465 Millionen Tonnen im Jahr 2050 zunehmen. Bei der Milchproduktion erwarte man eine Steigerung von heute 580 Millionen auf 1.043 Millionen Tonnen (2050).

Dabei zähle die Viehwirtschaft schon heute zu den schlimmsten

Umweltverschmutzern, vor allem in den Entwicklungsländern. Nach Angaben von Henning Steinfeld habe die Fläche für Futter um 30 Prozent, die Weideflächen um zehn Prozent zugenommen. Rund 26 Prozent des eisfreien Landes auf der Erde seien Viehweiden, ein Drittel des Ackerlandes werde zur Herstellung von Viehfutter verwendet. In Südamerika seien in den letzten drei Jahrzehnten über 25 Prozent aller tropischen Regenwälder für die Zwecke der Viehzucht abgeholzt worden.

Nach FAO-Schätzungen verursache die Fleischproduktion 18 Prozent der menschlichen Treibhausgas-Emissionen. Zusätzlich gingen acht Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs auf Kosten der Viehwirtschaft. Lokal werde das Wasser sehr durch Exkremete verschmutzt, denn die Viehzucht sei regional stark konzentriert. Zudem sei die Biodiversität durch den Raubbau an den Tropenwäldern sowie durch die gewaltigen Mengen an Fischmehl als Futter gefährdet, heißt es in FAO-Bericht „Der lange Schatten der Tierzucht“ über den Zusammenhang der Tierwirtschaft mit dem Klimawandel.

Bei einer Weltbevölkerung von rund 6,6 Milliarden gebe es rein rechnerisch für jeden Menschen pro Tag 652 Gramm Getreide. Doch knapp die Hälfte der globalen Getreideernte und 90 Prozent der jährlichen Erträge von Sojabohnen landeten laut FAO in den Trögen der weltweit 20 Milliarden Nutztiere.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neues Testament in der Ketiine-Sprache im Kongo

Kinshasa/DRK, 07.09.2008/APD Die rund 90.000 Ketiine sprechenden Menschen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) können jetzt das Neue Testament in ihrer Sprache lesen. Fünfzehn Jahre hat die Arbeit in Anspruch genommen. Das Übersetzungsprojekt war von einem Geschäftsmann in Gang gebracht worden, der sich eine Bibel in seiner Sprache gewünscht hatte. Später übernahm die nationale Bibelgesellschaft das Projekt, das Dank vieler Spenden zum Abschluss gebracht wurde. Pastor Christoph Kongo Kote, Generalsekretär der Bibelgesellschaft im Kongo, hob hervor, dass in einem Land mit 450 Sprachen die Bibel das Buch ist, welches in die meisten Sprachen des Kongo übersetzt sei. Joseph Mpeti, der Initiator des Projekts und inzwischen hoch betagt, war Ehrengast: „Ich bin so glücklich, dass ich noch zu meinen Lebzeiten Jesu Worte in meiner Sprache lesen kann! Nun kann ich – wie Simeon – in Frieden gehen!“

Rund 91 Prozent der Bevölkerung des Kongo gehören dem Christentum an (50 Prozent Katholiken, 31 Prozent protestantische Kirchen und Gemeinschaften, zehn Prozent Kimbanguisten). Daneben gibt es etwa vier Prozent Moslems sowie fünf Prozent Anhänger traditioneller afrikanischer Naturreligionen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neue türkische Partei wendet sich gegen christliche Missionare

Ankara/Türkei, 06.09.2008/APD In der Türkei hat sich am 4. September eine neue Nationalistenpartei gebildet. Schon im ersten Satz ihres Gründungsaufrufes wendet sie sich gegen die „Kolonialisierung“ der Türkei durch christliche Missionare. „Türkische Nation, wir wissen, dass du es satt hast, dass deine Demokratie bevormundet wird, dass ausländische Vertreter und Missionare auf unserem Boden herumlaufen und dich herumkommandieren“, beginnt der in mehreren Tageszeitungen als ganzseitige Anzeige veröffentlichte Gründungsaufruf der „Partei für Recht und Gleichheit“ (Hak ve Esitlik Partisi).

Gründer ist Ex-General Osman Pamukoglu, der vor allem für seine Rolle im Krieg gegen die kurdische Rebellengruppe PKK bekannt wurde. Pamukoglu befahl in den schwersten Zeiten des Kurdenkrieges Mitte der 1990er Jahre eine Einheit in der umkämpften südostanatolischen Gebirgsregion Hakkari. Anschließend war er auf Nordzypern stationiert, wo die türkische Armee mit knapp 40.000 Mann über die international nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypern wacht.

Missionarstätigkeit ist in der Türkei nicht verboten; sie wird aber besonders von radikalen Rechtsnationalisten als staatszersetzend betrachtet. Im vergangenen Jahr wurden im osttürkischen Malatya drei protestantische Missionare erstochen. Auch den Mord an dem katholischen Priester Andrea Santoro im nordtürkischen Trabzon 2006 und mehrere weitere Angriffe auf christliche Geistliche in türkischen Städten begründeten die Täter mit dem Groll gegen ausländische Missionare.

In der Türkei leben rund 100.000 Christen. Nach offiziellen

Statistiken sind fast 99 Prozent der türkischen Bevölkerung Muslime. Davon gehören zwischen 80 bis 85 Prozent der islamischen Glaubensrichtung der Sunniten, die restlichen 15 bis 20 Prozent der Glaubensgemeinschaft der Aleviten an.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erste Adventistin Geistliche bei der US-Marine

Washington D. C./USA, 05.09.2008/APD Adrienne Townsend ist die erste Siebenten-Tags-Adventistin, die als Geistliche der US-Marine vereidigt wurde. Die Afroamerikanerin im Rang eines Leutnants der Marine schloss ihr Theologiestudium an der adventistischen Andrews Universität in Berrien Springs/Michigan ab und hat auch eine Ausbildung in Pädagogik und Psychologie. Etwa 7.500 Adventisten dienen zur Zeit in den Streitkräften der Vereinigten Staaten. Sie werden von rund 50 Militärgeistlichen der Freikirche betreut.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Land unter" im Nordosten Rumäniens

Weiterstadt bei Darmstadt, 04.09.2008/APD Im Nordosten Rumäniens, einem der ärmsten Gebiete Europas, hat es Ende Juli zum dritten Mal in diesem Jahr schwere Überschwemmungen gegeben. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland steht den Flutgeschädigten mit Nahrungsmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs bei. Um weiter helfen zu können, bittet ADRA Deutschland unter dem Vermerk „Rumänien“ um Spenden auf das ADRA-Konto 2000 702 09 bei der Dresdner Bank Darmstadt (BLZ 508 800 50).

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Mehr Bibeln weltweit verbreitet

Reading/England, 03.09.2008/APD Die Bibelgesellschaften haben im Jahr 2007 weltweit insgesamt 391 Millionen Bibeln, Neue Testamente und andere biblische Schriften verbreitet, teilte der Weltbund der Bibelgesellschaften (United Bible Societies/UBS) in Reading/England in seinem jährlichen „Scripture Distribution Report“ mit.

Die Zahl der weltweit verbreiteten Bibeln stieg gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent auf knapp 27 Millionen. Mit rund 13 Millionen Exemplaren wurde bei den Neuen Testamenten das

Ergebnis von 2006 fast erreicht. Bei biblischen Einzelschriften, wie Evangelien oder Psalmen, konnte ein Anstieg von 14,1 auf 16,2 Millionen Exemplare verzeichnet werden. Verbreitet wurden unter anderem auch 28 Millionen biblische Auswahlchriften in einfacher Sprache, die für Lesern-Projekte eingesetzt werden.

Mit rund 281,8 Millionen biblischen Schriften stehen die Länder Nord- und Lateinamerikas auf Platz eins der Statistik, gefolgt von Asien und Australien mit insgesamt 87 Millionen. Auf den afrikanischen Kontinent entfallen rund 14 Millionen Bibeln, Neue Testamente und andere biblische Schriften. An vierter Stelle kommen Europa und der Nahe Osten. Dort wurden insgesamt 7,8 Millionen Schriften verbreitet.

Die vorliegende Statistik bezieht sich auf den Zeitraum von Januar bis Dezember 2007. Nicht darin erfasst sind elektronische Medien, wie Hörbücher, Filme oder CD-ROMs. Zahlen von Verlagen und Organisationen, die nicht zum Weltbund gehören, blieben ebenfalls unberücksichtigt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Oberhäuptling schließt sich nach über 30 Jahren den Adventisten an

Port Moresby/Papua-Neuguinea, 02.09.2008/APD Napa Namb, Oberhäuptling in Yano Kambulupira in der Provinz Western

Highlands von Papua-Neuguinea, hat sich über 30 Jahre nach Eintreffen des ersten adventistischen Missionars der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten angeschlossen. Bei seiner Tauffeier waren über 600 Personen anwesend. Als Pastor Paul Piari 1975 in die westliche Hochebene Papua-Neuguineas kam, wurde er verjagt und mit dem Tod bedroht, falls er zurückkehren sollte. Doch Namb setzte sich für ihn ein und erlaubte ihm, eine Kirche in seinem Stammesgebiet zu bauen. Der Oberhäuptling selbst besuchte jedoch mehr als drei Jahrzehnte keinen adventistischen Gottesdienst.

Der von der britischen Königin und dem Staat Papua-Neuguinea mehrfach ausgezeichnete Stammeschef war mit fünf Frauen verheiratet, hat über 60 Kinder und mehr als 300 Enkel. Nach seinen Angaben ist er 106 Jahre alt. Heute gibt es in seinem Stammesgebiet drei adventistische Kirchen mit 15 Zweiggemeinden, zu denen über 3.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten gehören.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!

Fernsehlizenz für Adventisten auf den Salomonen

Honiara/Salomonen, 01.09.2008/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten auf den Salomonen hat von der dortigen TV-Regulierungsbehörde eine Lizenz zur Betreibung einer eigenen Fernsehstation erhalten. Laut Kommunikationsabteilungsleiter der Freikirche, Johnny Tango,

soll auf dem Gelände des adventistischen Kukum-Gemeindezentrums in Honiara auf der Insel Guadalcanal ein Sendemast zur Ausstrahlung von Programmen zu den Themen Ehe, Familie, Gesundheit sowie Lebens- und Glaubensfragen errichtet werden.

Auf den pazifischen Salomon-Inseln leben über 36.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 184 Gemeinden. Sie unterhalten zwei Gymnasien, zwei Berufsschulen, mehrere Grundschulen, ein Krankenhaus und 17 Kliniken. Von den 478.000 Inselbewohnern sind 34 Prozent Anglikaner, 19 Prozent Katholiken und 38 Prozent Protestanten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!